

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen
MdB verweist auf ein neues
Gorleben-Gutachten: Ver-
nichtende Kritik.

Seite 1

Manfred Schmidt MdB for-
dert Strafvorschriften ge-
gen Abschreibungsbetrüger:
Die Kriminellen am weißen
Kragen packen.

Seite 3

Wolfgang Metz zum Schwei-
gen von Franz Josef Strauß
in Sachen Erdgas-Röhrenge-
schäft: Dem Opportunist
fällt nichts mehr ein.

Seite 4

Dokumentation

Willy Brandt beim Hecker-
Fest: Friedrich Hecker,
revolutionärer Demokrat
und Sozialist.

Seite 6

37. Jahrgang / 125

6. Juli 1982

Vernichtende Kritik

Ein Gutachten warnt vor der Sackgasse in der Kernenergie-
politik

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Techno-
logie

Der Kieler Geologe Professor Klaus Duphorn hat in einem
jetzt bekanntgewordenen Gutachten an der Eignung des
Gorlebener Salzstockes als Endlager für schwach-, mittel-
und hochradioaktiven Abfall vernichtende Kritik geübt.
Professor Duphorn weist unter anderem darauf hin, daß der
Gorleber Salzstock in den letzten 800.000 Jahren einmal
ganz und ein anderes Mal fast ganz bis zur Erdoberfläche
durchgebrochen ist.

Professor Duphorn weist darauf hin, daß der Gorleber
Salzstock in den letzten 800.000 Jahren mindestens vier
Kubik-Kilometer durch Ablagerungsverluste verloren hat.
Professor Duphorn bestätigt die Warnungen von Professor
Grimmel, daß der Gorlebener Salzstock sehr wohl von
Grundwasserbewegungen bedroht sein kann. Das Bundesmini-
sterium für Forschung und Technologie und das Bundes-
Innenministerium sind gut beraten, schnell die Öffentlich-
keit über die Ergebnisse von Herrn Professor Duphorn zu
informieren und die wissenschaftliche Belastbarkeit der
Aussagen von Herrn Duphorn zu überprüfen.



Mit dem Gutachten von Herrn Duphorn wird ein weiteres Mal der Glaube, das Entsorgungsproblem der Bundesrepublik Deutschland sei praktisch schon gelöst, nachhaltig erschüttert. Erst Anfang der neunziger Jahre wird die bergmännische Erschließung des Salzstockes in Gorleben genauen Aufschluß darüber geben, ob die wiederholt geäußerten Bedenken gegen die Eignung des Standortes Gorleben als Endlager bestätigt werden oder nicht.

Ein blindes Festhalten und Vertrauen auf das geplante Endlager in Gorleben kann die gesamte Kernenergiepolitik in eine Sackgasse führen, aus der ein Ausweg nur dann möglich sein kann, wenn der Salzstock in Gorleben wider besseres Wissen als sicher erklärt wird. Dem muß vorgebaut werden.

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Dezember vergangenen Jahres die Bundesregierung aufgefordert, "bereits jetzt alle notwendigen Maßnahmen vorzubereiten, um erforderlichenfalls noch andere Standorte für das Endlager durch oberirdische Erkundungsmaßnahmen zu untersuchen und auf die dafür in Frage kommenden Länder einzuwirken, ihre Bereitschaft zu einem solchen Vorgehen zu erklären".

Das Gutachten von Herrn Professor Duphorn bestätigt, daß die Erkundung anderer Lagerstätten als Standort eines möglichen Endlagers das Gebot der Stunde ist. Angesichts der weiterhin bestehenden Unsicherheit, ob das Entsorgungsproblem innerhalb der nächsten zehn Jahre auch technisch in vertretbarer Weise gelöst werden kann, muß vor einem weiteren beschleunigten Zubau von Leichtwasserreaktoren in diesem Jahrzehnt nachdrücklich gewarnt werden. (-/6.7.1982/ks/)

+ + +



Die Kriminellen am weißen Kragen packen

Strafvorschrift gegen Ausschreibungsbetrüger notwendig

Von Manfred Schmidt MdB

Vorsitzender der Bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied im Rechtsausschuß

Noch immer können bei Auftragsvergaben über das Ausschreibungsverfahren Wirtschaftskriminelle ihr Unwesen treiben und schädigen damit den Staat um Beträge in Milliardenhöhe. Bei der Vergabe umfangreicher Aufträge - etwa eines großen Bauvorhabens - ist es häufig schwer zu ermitteln, welcher Preis dafür zu zahlen ist. Die öffentliche Hand, aber auch große Privatunternehmen bedienen sich in solchen Fällen des Ausschreibungsverfahrens. Sie inserieren öffentlich und Firmen, die die geforderten Leistungen erbringen können, geben ein Gebot ab. Das günstigste Angebot wird dann ausgewählt.

In der Praxis läuft alles ganz anders. Elegante Gauner haben sich ein sehr wirksames System ausgedacht, den Ausschreibenden zur Annahme eines für ihn ungünstigen Angebotes zu bewegen. Sobald eine Ausschreibung erfolgt ist, setzen sich die Firmen, die zur Ausführung des Auftrages in der Lage wären, zusammen und handeln aus, wer von ihnen den Auftrag erhält. Die ausgewählte Firma macht dann ein Angebot, das einen sehr hohen Preis fordert. Die anderen Firmen geben entweder gar keine Angebote ab oder solche mit weit darüber liegenden Phantasiepreisen. Der Ausschreibende muß das eine Angebot annehmen. Da ihm seriöse Vergleichsangebote fehlen, ist er dem einen Anbieter ausgeliefert und zahlt meist einen viel zu hohen Preis. Da die öffentliche Hand sich bei den meisten Aufträgen des Ausschreibungsverfahrens bedient, führen solche betrügerischen Machenschaften dazu, daß öffentliche Mittel in Milliardenhöhe zum Fenster hinausgeschmissen werden. Nur können die Täter bisher kaum bestraft werden, da dafür der Nachweis erforderlich ist, daß durch die Absprachen zwischen den Firmen der Ausschreibende erheblich mehr als den Marktpreis bezahlen muß.

Wegen der Ausschaltung seriöser Konkurrenzangebote ist ein Marktpreis kaum zu ermitteln und dieser Nachweis kann daher nur in den seltensten Fällen geführt werden.

Diese Wirtschaftskriminellen, die den Staat, aber auch private Unternehmer jährlich um Milliarden erleichtern, müssen endlich an ihren weißen Kragen gepackt werden. Eine gute Gelegenheit dazu wäre der von Bundesjustizminister Schmude vorgelegte Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gewesen. Liest man den Entwurf, so finden sich dort neue Straftatbestände gegen Manipulationen mittels Computer, gegen betrügerische Angebote für Geldanlagen und gegen die Veruntreuung von Arbeitslohn. Insoweit ist der Entwurf sehr zu begrüßen.

Leider enthält er keine Strafvorschrift gegen den Ausschreibungsbetrug. Diese war zwar noch im Referentenentwurf des Justizministers vorgesehen, fiel dann aber auf Drängen der FDP aus dem Regierungsentwurf heraus. Die FDP meint, daß der Schutz gegen betrügerische Absprachen bei Ausschreibungen schon durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen gewährleistet sei.

Mir ist diese Argumentation völlig unverständlich. Kriminelles Verhalten, wie es die Ausschreibungsbetrüger an den Tag legen, gehört unter Strafe gestellt.

(-/6.7.1982/ks/wb)

+ + +



Strauß schweigt

Dem Opportunist fällt zum Erdgas-Röhrengeschäft nichts mehr ein

Von Wolfgang Metz

Stellvertretender Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern

Als Strauß Anfang des Jahres laut tönnte, das Europäische Erdgas-Röhren-Geschäft müsse dringend überprüft werden und es sei kein Geheimnis, daß man in Bankkreisen inzwischen kalte Füße bekommen hat und aus diesem Erdgas-Röhren-Finanzierungs-Geschäft am liebsten aussteigen würde, da konnte sich der bayerische Ministerpräsident mit seinen starken Sprüchen noch Resonanz verschaffen - zwar weniger bei seinem eigenen Wirtschaftsminister, aber bei all jenen, die für eine harte Boykott-Linie gegenüber der UdSSR eintreten und diese Interessen offensichtlich höher stellen als die der deutschen Arbeitnehmer und der deutschen Wirtschaft. Nun, da die deutsche Wirtschaft ungeachtet der Strauß-Sprüche und des Reagan-Embargos an den Erdgasröhren-Verträgen festhält, hat es Strauß die Sprache verschlagen. Der Opportunist Strauß traut sich nicht, sich gegen die deutsche Wirtschaft zu stellen. Befürworten kann er das Geschäft aber auch nicht, da er sich damit in Widerspruch zu seinen früheren Äußerungen setzen würde. So hat sich Strauß selbst einen Maulkorb umgehängt.

Überhaupt hat die CSU sich zu einer Verfremdung bayerischer Politik hinreißen lassen, die bisher darin ihren vorläufigen Höhepunkt fand, daß CSU-Generalsekretär Stoiber im März ankündigte, seine Partei wolle das Verhältnis zur USA zum Schwerpunkt im bayerischen Wahlkampf machen, wobei Stoiber nicht davor zurückscheute zu erklären, die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien für ihn im Wahlkampf "noch wichtiger als die Sicherheit der Arbeitsplätze".

E einmal davon abgesehen, daß es sich hier nach Auffassung der bayerischen SPD um eine Verhöhnung der Arbeitslosen und der um ihren Arbeitsplatz Bangenden in Bayern handelt, macht die neuere Entwicklung beim Erdgas-Röhren-Geschäft, das von Präsident Reagan verhängte Embargo, deutlich, daß die CSU und Strauß mit ihren bedingungslosen unterwürfigen Freundschaftsbeteuerungen gegenüber den USA sich in eine ausweglose Sackgasse manövriert haben. Die CSU läßt es als Mehrheitspartei in Bayern an einer an deutschen Interessen orientierten Politik gegenüber dem Partner USA fehlen und profiliert sich eher als bayerische Filiale



Washingtons, statt sich an vorderster Stelle für die Sicherung der Arbeitsplätze oder die Sicherung und Erweiterung der Rechte der Bürger in Bayern einzusetzen.

Vergangene Woche ist in Moskau der Finanzrahmenvertrag zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion in Moskau paraphiert worden. Damit wollten - wie die Süddeutsche Zeitung berichtet - die deutschen Firmen "ein Zeichen setzen", daß sie ungeachtet der verschärften amerikanischen Embargos zu ihrem Wort stehen.

Bekanntlich besteht nach der Ausweitung des amerikanischen Embargos auf Tochterunternehmen und Lizenzabnehmer im Ausland nicht nur ein Exportverbot für die Rotoren der ⁴⁷ Gasturbinen, die eine deutsche Firma liefern soll. Das Verbot erstreckt sich auch auf andere in amerikanischer Lizenz gebauten Turbinenteile.

Wie ein führender deutschen Bankenvertreter laut Süddeutsche Zeitung äußerte, verstoße der Rückbezug der Wirtschaftssanktionen auf ein schon abgeschlossenes Geschäft gegen die elementarsten Rechtsgrundsätze.

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, außer der Bemerkung, daß sich Reagan zwar für eine Sanktion gegenüber der UdSSR auf dem Rücken der Europäer entschieden hat, den Rücken seiner amerikanischen Weizenfarmer von politisch bedingten wirtschaftlichen Belatungen jedoch nach wie vor freihält. Eine in der Tat wenig glaubwürdige und wenig ausgewogene Sanktionspolitik.

Nun wäre eigentlich der in dieser Sackgasse merklich leise gewordene bayerische Ministerpräsident wieder einmal am Wort. Die bayerische SPD würde sich sehr dafür interessieren, wie Strauß und sein Adlatus Stoiber zu diesen von Reagan ohne Rücksprache mit den Verbündeten verhängten Boykottmaßnahmen stehen. Von Interesse wäre auch, ob die CSU im Lichte dieser Erfahrungen ihre entwürdigenden Umarmungen des unberechenbaren Reagan zu lockern gedenkt, oder ob die Bürger in Bayern in den kommenden Monaten mit weiteren geschmacklosen Verbeugungen von Seiten der CSU-Führung vor Reagan und seiner Administration zu rechnen haben.

Bisher war dazu öffentlich leider nichts zu vernehmen. Wenig überzeugend - Herr Minister Präsident.

(-/6.7.1982/va-he/ca)

+

+

+



DOKUMENTATION

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat auf dem Rhein-Neckar-Treffen der Sozialdemokraten in Ladenburg folgende Gedenkansprache auf Friedrich Hecker gehalten:

Friedrich Hecker, revolutionärer Demokrat und Sozialist

Wir gedenken heute eines der Vorväter unserer politischen Bewegung, eines Revolutionärs, eines, der sich selbst als Sozialdemokraten, als Sozialisten und Demokraten bezeichnete, Jahrzehnte bevor es Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in organisierter Form gab. Im Sommer 1842, also vor 140 Jahren, wurde Friedrich Hecker in den Badischen Landtag gewählt. Er kandidierte im Wahlkreis Weinheim/Ladenburg, den heute wieder Sozialdemokraten im Landtag vertreten.

"Ich will Freiheit", sagte der Rechtsanwalt Friedrich Hecker auf dem Vorbereitungstreffen freisinniger Parlamentarier und Journalisten Süd- und West-Deutschlands zur Paulskirche am 5. März 1848 in Heidelberg, "ich will die ganze Freiheit, für alle, gleichviel, in welcher Staatsform sie zu erreichen ist. Aber keine Freiheit nur für die Privilegierten oder für die Reichen; ich bin, wenn ich es mit einem Wort benennen soll, Sozialdemokrat."

Mit dem Gedenken an den Doktor Hecker - wie die einfachen Leute ihn genannt haben, in deren Bewußtsein er über die Jahrzehnte in Baden weiterlebte, während er als Auswanderer in Amerika ein neues Leben führte -, feiern wir einen der ersten radikalen, sozialistisch orientierten Demokraten in der deutschen Geschichte; keinen Theoretiker, sondern einen Mann der Aktion - auch wenn die Aktion, historisch verfrüht und wohl auch aus heutiger Sicht ein wenig abenteuerhaft, ihm schließlich gänzlich mißriet. Und wir gedenken des historischen Heranwachsens der sozialistischen Bewegung in der bürgerlichen Revolution. Hecker meinte in der Tat, daß er beides sei: revolutionärer Demokrat und Sozialist.

"Er kokettierte mit den Arbeitern und fing an, auch den modernen Sozialismus zu kultivieren", schrieb halbverschrocken ein Zeitgenosse. Und ein anderer berichtet über Heckers Meinung: "Nichts sei mehr unbeweglich, auch nicht das Kapital und der Besitz..." Und in der Tat ist in jenem Manifest "Die Forderung des Volkes", das im September 1847 eine Versammlung in Baden annahm und das Heckers Handschrift trägt, auch dieser Artikel enthalten, der den Grundton der modernen Arbeiterbewegung anspricht und heute, nach hundertfünfunddreißig Jahren, von unverminderter Aktualität ist: "Wir verlangen Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital. Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen."

Es waren die Jahre der stürmischen ersten Industrialisierung Deutschlands, in denen sich das moderne Industrieproletariat herausbildete. Aber schneller noch, zumal in Baden war die Arbeitslosigkeit gewachsen: Landreformen vertrieben die Bauern, kleine Grundbesitzer, von ihrem Land und führten sie - wie ein zeitgenössischer Historiker warnte - dem Proletariat als Verbündete zu.

Hecker und seine Freunde, die gerade auch Rechte für diese Menschen forderten, die meist nur die Wahl zwischen Hunger und Auswanderung hatten, blieben in der Paulskirchen-Bewegung eine Minderheit. Liberal Gesinnte, meist Rechtsanwälte und Journalisten, dominierten in der bürgerlichen Freiheitsbewegung; die Vertreter in den Frankfurter Versammlungen wollten sich überwiegend mit Konzessionen von seiten der Herrschenden begnügen. Wilhelm Blos, der Historiker der 48er Revolution, hat das so beschrieben: "Das eigentliche Volk blieb ganz ausgeschlossen, und es bildete sich (in Frankfurt) eine ungeheure Mehrheit aus jenen mattherzigen Liberalen, denen es unter den vormärzlichen Zuständen gelungen war, durch das Sieb reaktionärer Wahlsysteme in die Kammern und Gemeindevertretungen einzudringen. Diesen Leuten ging die Revolution schon viel zu weit. Sie dachten mit Angst und Entsetzen daran, daß sie eigentlich ein revolutionäres Mandat besaßen." - Blos, der sozialdemokratische Autor, war Journalist, Schriftsteller, MdR aus Wertheim/Main und später erster württembergischer Staatspräsident nach 1918.

Hecker, der auf gleichem Wege in die Paulskirche gekommen war, erlitt Niederlage über Niederlage in den Abstimmungen und entschloß sich dann plötzlich, eine Streitmacht zu sammeln. Revolten und Bauernaufstände waren damals an der Tagesordnung; er mag gehofft haben, mit einem Garibaldi-ähnlichen Marsch die feudale Struktur umzustürzen. Er scheint auch gehofft zu haben, daß "Alles ohne einen Schwertschlag" zu erreichen sei, daß die Regierungstruppen überlaufen würden. Aber nach einigen Wochen - die Ausrufung freier Republiken in Konstanz und anderswo, verwirrte Märsche durch den Südschwarzwald lagen dazwischen - mußte er vor throntreuen Truppen aufgeben und ins Ausland fliehen.

Die Erinnerung an ihn, der '49 noch einmal zurückkehrte, wohlhabender Landwirt in den US, wurde. '61 Oberst im amerikanischen Bürgerkrieg in der Division Carl Schurz war, blieb in

Baden; war die Erinnerung an die Freiheit, an die uns übermittelte freiheitliche Tradition. Die Fülle der Hecker-Lieder, von denen manche bis auf unsere Tage gekommen sind, zeugt davon. Eines endet so:

Die Republik soll Leben! - So sei das Feldgeschrei. - Der Hecker zieht vom Leder,
- Ihr Kinder auf und Väter, - Ein Schlag - und wir sind frei.

Es war nicht nur ein Schlag, und schon gar nicht dieser. Es hat, über die gescheiterte Revolution von '48 hinweg, noch anderthalb Jahrzehnte gedauert, bis die Arbeiterbewegung begann, sich zu organisieren; es hat Jahrzehnte gedauert, bis zum ersten Mal - nach dem Ersten Weltkrieg - die freie Republik kam, und der Kampf der Arbeiterbewegung für "wirkliche", sozial und kulturell verankerte Freiheit hält noch immer an. Aber der junge Revolutionär aus Baden und seine Mitstreiter, die etwas unrealistisch gehofft hatten, daß alles so schnell und einfach gehen werde, gehören mit in unsere Geschichte und unsere Tradition; wir wollen sie heute ausdrücklich in unsere Gemeinschaft einschließen.

Noch ein Wort darüber, daß auch Revolutionäre des vorigen Jahrhunderts zu unserer Tradition gehören: Ich war vor einigen Wochen drüben in der Pfalz, bei unserem Hambacher Fest. Das Hambacher Fest 1832 ist historisch die Station vor der Revolution von 1948. Dort drüben hat die Landesregierung uns Sozialdemokraten nicht ins Hambacher Schloß gelassen. Wir haben auf dem Marktplatz in Neustadt gefeiert; und ich habe gesagt: Das Fest der Herrschenden ist Hambach nie gewesen.

Bei der hochoffiziellen Feier, oben im Schloß, hat dann der Herr Bundespräsident gesprochen, und er hat weite Passagen seiner Rede dazu genutzt, vor Revolutionären heutigen Tage zu warnen, und zwar im Namen der Revolutionäre von damals. Damals habe der Liberale ein Revolutionär sein können, heute aber müsse die Freiheit gegen Revolutionäre verteidigt werden.

Bei allem Respekt: Gewiß ist der Hinweis richtig, daß nicht nur Konflikte das gesellschaftliche Leben bestimmen. Aber dies ist keine ausreichende Antwort an die jungen Menschen, die mit dem Status quo unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht einverstanden sind. Klar ist, daß wir Sozialdemokraten den revolutionären Weg im Sinne von Gewaltanwendung und Umsturz ablehnen: Wir haben die Demokratie, dürfen sie nicht aufs Spiel setzen, sondern müssen sie verteidigen und ausbauen: auf dem Weg der Reformen.

Aber es wäre eine unerträgliche Vereinfachung und Vermischung der Dinge, wenn all jene, die die gesellschaftliche Machtverteilung und die Verfassungswirklichkeit verändern wollen, als Feinde der Freiheit verdächtigt würden. Wenn der gesellschaftliche Status quo als Freiheit ausgegeben wird, an dem man nicht rütteln dürfe. Der Hecker der gewaltsamen Aktion ist nur mehr Geschichte, der Hecker freiheitlicher und sozialistischer Forderungen ist es nicht! Die aber reichten und reichen über das Bestehende hinaus.

Freiheit ist für uns nicht nur ein Zustand, sondern auch ein Ziel, das wir weiter anstreben - freilich auch im Wissen darum, daß der jeweilige Horizont keine feste Grenze ist. Ich sage das an die Adresse derjenigen, die die Ziele des demokratischen Sozialismus revolutionär finden - das mögen sie ja wohl sein! -, und die immer rufen, die Freiheit müsse gegen diese Ziele verteidigt werden, die damit aber den Besitzstand an Macht und Privilegien meinen.

Unser Grundgesetz bestimmt unseren Staat als demokratischen und sozialen Bundesstaat, und es legt uns auf, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dies ist eine andauernde Aufgabe: so gewiß viel erreicht ist, das wir nicht verlieren dürfen, so sicher sind wir gefordert, uns um mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität weiter zu bemühen. Wer den Status quo zum Ziel erhebt - die klassische konservative Haltung -, irrt sich gewaltig über den Charakter unserer Verfassung.

Es ist das Elend der deutschen Geschichte, daß bei uns mehr als anderswo die bürgerliche Revolution immer wieder stecken geblieben ist. Bei uns mehr als anderswo hat sich, beginnend nicht erst mit der Revolution von 1848, am Ende immer ein parteiliberaler Weg der Anpassung durchgesetzt. Manches deutet darauf hin, daß es in diesen Jahren wieder geschieht.

Noch stets in Deutschland hat die Arbeiterbewegung nachholen müssen, was die bürgerliche Demokraten nicht schafften, wovor sie auswichen. Ein menschenwürdiges Leben, soziale Sicherheit, Grundlagen wenigstens sozialer Gleichheit für die Millionen arbeitender Menschen. Das hat ja das Bürgertum in dem Jahrhundert nach der 48er Revolution nicht freiwillig gegeben, das hat es nicht selbst geschaffen. Und unser war und ist auch die andere große Leistung, für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Daß dieses Land in West und Ost geachtet ist, und daß es, soweit es vermag, ein Garant des Friedens ist in der Welt. Aus solchen Leistungen erwächst Verantwortung, und im Bewußtsein solcher Leistungen halten wir an der Verantwortung fest - in Bonn und anderswo.